

Arbeiter-Zeitung

**Rote Fahnen
heraus
für Liste 3**

Tageszeitung der KPD. Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Verbreitungsgebiet Ostschlesien. Beilagen: Der rote Stern. Rund um den Ersten.
Bezirk Sachsen. Das Bild der Woche.

8. Jahrgang Dresden, Montag den 24. Oktober 1932 Nummer 243

Die Partei ruft zum Kampf

Reichsparteikonferenz im Zeichen des revolutionären Aufschwunges und der wachsenden Bolschewisierung der Partei

Reichsparteikonferenz der KPD im Zeichen des revolutionären Aufschwunges und der wachsenden Bolschewisierung der Partei.

Die vor wenigen Tagen abgehaltene Reichsparteikonferenz der KPD war ein Meilenstein in der Entwicklung der Partei. Sie hat die Einheit der Partei in der revolutionären Kampflinie festgelegt und die Bolschewisierung der Partei vorangetrieben. Die Konferenz hat die Einheit der Partei in der revolutionären Kampflinie festgelegt und die Bolschewisierung der Partei vorangetrieben.



Die Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD gestaltete sich zu einem begeisterten Bekenntnis zum bolschewistischen Zentralkomitee unserer Partei mit dem Genossen Thälmann an der Spitze.

Die Konferenz hat die Einheit der Partei in der revolutionären Kampflinie festgelegt und die Bolschewisierung der Partei vorangetrieben.

Die Konferenz hat die Einheit der Partei in der revolutionären Kampflinie festgelegt und die Bolschewisierung der Partei vorangetrieben. Sie hat die Einheit der Partei in der revolutionären Kampflinie festgelegt und die Bolschewisierung der Partei vorangetrieben.

Morgen rufen wir zum Kampf
Dr.-Cotta, Hamburger Straße. Dort spricht Gen. Fritz Selbmann

Gestaltet diese Wahl- und Kampfkundgebung der Kommunistischen Partei zu einem gewaltigen Massenbekenntnis für Liste 3

Genosse Thälmann weist fest, daß allein in der Zeit vom 16. September bis 14. Oktober von uns 447 Streiks registriert wurden, davon wurden beendet mit vollem Erfolg 228, also über die Hälfte, mit Teilerfolgen 16, ohne Erfolg 30; unbekannt geblieben ist das Ergebnis von 173 Streiks. In diesen Streiks gelang es uns zum ersten Male in größerem Ausmaß, in ganz Deutschland Kampfkundgebungen gegen die Rotverordnungsaktion, gegen die Durchführung des Tappens-Programms durchzuführen.

Die Kandidaten des revolutionären Proletariats

(siehe im Innern des Blattes)

Streikbruchorganisatoren des DFB in Neugersdorf am Werke

In Neugersdorf leitet die Bürokratie des Deutschen Textilarbeiterverbandes ihre schändlichen Bemühungen zur Zerlegung der einheitlichen Streikfront der Belegschaft von A. Hoffmann fort. Nach dem Beispiel der Iorgauer Gewerkschaftsbürokratie, die bekanntlich den Streik im Betrieb von Billiton und Koch selbst abwürgte, indem sie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von der größeren Masse der unorganisierten hinterhältig loslöste und bewußten Streikbruch organisierte, versucht jetzt auch die DFB-Bürokratie in Neugersdorf die organisierten Kollegen unter härtesten Druck zu setzen und aus der Streikfront heraus, in den Betrieb hineinzuwürgen. Ueber diese Versuche, gegen die von den Streikenden mit allen Mitteln angefaßt wird, und die es nach wie vor zu durchsetzen gilt, wird uns im einzelnen folgendes berichtet:

Die DFB-Bürokraten haben mit der Firma August Hoffmann hinter dem Rücken der Belegschaft und der Streikleitung eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach der Lohn der Gesamtbelegschaft bei wöchentlich 48 Stunden Arbeit für die im jetzigen beschäftigten Arbeiter um 15 Prozent und für die Arbeitslosen um 5 Prozent abgebaut werden soll. Die vor der Aufnahme des Streiks bis zum 22. Oktober betriebenen eingestellten Arbeiter sollen bis zum 3. November beschäftigt werden. Die Kollegen haben sich ausdrücklich bereit erklärt, bei Vereinbarungen weiterer Lohnabbau ihre Zustimmung zu geben.

Steigert die Sammeltampagne!

Die Parteieinheiten berichten vom ersten Großsammeltag. Ortsgruppen und Seitenorden das Beispiel

Nach den ersten Berichten vom geistigen Großsammeltag begrüßt ein Teil unserer Genossen die ungeheure Wichtigkeit der Munitionsbekämpfung, für den Kampf der Kommunisten gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihre Verbände. Einzelne Parteieinheiten haben ihr Sammelziel bereits überschritten und geben damit ein Beispiel für alle, was bei größter Aktivität unserer Genossen geschafft werden kann.

ihnen gestellte Soll von 60 Mark, indem sie als Ergebnis der Sammlung 73 Mark meldeten. Beim letzten Reichstagswahlkampf wurden 36 Mark gesammelt.

Die jüngste Parteikonferenz geht in ihrer Bedeutung in unserer Geschichte über die vorangegangenen Parteikonferenzen weit hinaus und wird in der Geschichte unserer Partei als Meilenstein in der Entwicklung der KPD zur bolschewistischen Kampfpartei nicht hinter solchen historischen Tagungen wie dem Weibinger Parteitag zurückbleiben. Worin besteht die besondere Bedeutung der jetzigen Parteikonferenz aus?

Die Ortsgruppe Dobrig im Stadtteil 5 sammelte schon 50 Mark und überstieg damit ihr Soll um 20 Mark. Seit drei Wochen legt die Ortsgruppe wöchentlich 60 Arbeiterstimmen an.

Proteststreik beim Radiker Dammbau

Verlogenes Geschrei der Dresdner Volkszeitung und des Nazi-'Freiheitskampf'. Mißglückter Rechtfertigungsversuch des Rates Wann werden die Gemäßregelten aus der Arbeitsanstalt Leuben entlassen? Wir verlangen die Befolgung der Forderungen

Wir berichteten am Sonnabend über die Verhältnisse beim Radiker Dammbau. Dort sind vom Dresdner Rat 130 Wohlfahrtsarbeiter bei Nacht- und Nebelarbeiten beschäftigt. Sie sind sämtlich kinderreiche Familienmänner. Der Lohn ist tarifmäßig sein. Er ist aber - die Verhältnisse dieser Arbeiter berücksichtigend (lange Arbeitslosigkeit, viel Kinder, keine Kleidung, keine Schuhe, keine Bekleidung) - so niedrig, daß ihnen zum Leben nicht das Nötigste verbleibt. An einem Beispiel konnten wir nachweisen, daß einem Familienmännchen mit sechs Kindern nur 14,10 Mark zum Leben verbleiben. Ganz klar, daß eine solche Empörung unter den Arbeitern Platz greifen mußte.

Die Arbeiter stellten die Forderung nach Arbeitskleidung, Schuhwerk, Mietbeihilfen und Schwerearbeiterzulage. Eine Kommission verhandelte mit dem SPD-Wohlfahrtsabgeordneten Kirchhof. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die KPD hatte im Rathaus Antrag gestellt. Dieser wurde abgelehnt. Die KPD hat im Rathaus Antrag gestellt. Dieser wurde abgelehnt. Die KPD hat im Rathaus Antrag gestellt. Dieser wurde abgelehnt.

SPD-Stadtrat Kirchhof als Schwarzmacher kinderreiche Familienmänner werden ins Arbeitshaus deportiert! Da hat Herr Kirchhof in Aktion. Nicht, um zu helfen, sondern um zu schaden. Drei Wohlfahrtsarbeiter wurden kurzerhand ins Arbeitshaus deportiert und mit hartem Polizeiausgang nach der Arbeitsanstalt Leuben gebracht. Die Familien wurden durch die Deportation der Unterernährung gemahregelt.

KPD fordert Aufhebung der Deportation - Nazis und SPD sabotieren und lehnen ab Gegen die zwangsweise Deportation erhob die kommunistische Stadtordnungsfraktion sofortigen Einspruch. Sie forderte in einem Antrag die sofortige Freilassung der Arbeiter und volle Unterstützung der Familien. Der Antrag wurde vom SPD-Stadtrat Kirchhof in die letzte geheime Sitzung verworfen. Dort lehnten die Nazis gemeinsam mit der SPD die Unterstützung dieses Antrages ab. Nicht ein einziger Nazi-Stadtorbeter, deren 'Freiheitskampf' sich jetzt so 'arbeiterfreundlich' zu machen versucht, unterstützte den Antrag. Die verlogene SPD behauptet aber jetzt, daß sie gegen die Deportation Einspruch erhoben habe. Das ist Schwindel! Sie fordert das jetzt, wo sie damit den Arbeitern Sand in die Augen streuen kann zur Vertuschung ihrer wirtlichen Rolle.

Dort, wo die Kritik hätte üben können, dort hat sie den Scheit und die Abrechnung mit dem Rat und dem SPD-Stadtrat Kirchhof verhindert! Als die Frage der Wohlfahrtsarbeiter im Januarjubiläum stand, da hat der Fraktionsführer der Nazis, Herr Richter, nicht ein einziges Wort gesagt. Das müssen alle Arbeiter wissen!

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

Die Dresdner Volkszeitung in der Hege voran Am tollsten treibt es die Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt des 'weiristischen Volkes' begnügt sich nicht nur mit dem Abdruck der Katschulchrift, sondern geht in der Hege noch weiter.

zurückliegende Miete" berücksichtigt worden seien. Im übrigen kennt ja jeder Wohlfahrtsarbeiter die Ausdrucksweise der leitenden Stellen, um zu wissen, wo bei diesen der Begriff 'dringende Not' anfangt.

Tolle Hege des Rates gegen die KPD Gleichzeitig benutzt aber der Rat seine Zulassung zu einer tollen Kommunistenhege. Wörtlich heißt es darin:

„Seit einiger Zeit hegte die Belegschaft offenbar unter dem Einfluß einzelner Wähler wiederholt Angriffe auf Bewilligung von Sonderbeihilfen zu den verschiedensten Dingen (laufende Mietbeihilfen, Straßenbahn, Kleidung, Schuhwerk usw.). ... Natürlich liegt die Sache so, daß ein großer Teil der Belegschaften durchaus arbeitswillig ist, aber unter dem Druck gewisser Elemente steht.“

Diese Argumentation mocht dem SPD-Stadtrat, der mit seinen 11 000 Mark Gehalt längst verlernt hat, sich in die Lage eines Arbeiters einzufühlen, alle Ehre! Sie konnte ebensogut den Hegepamphleten des Verbandes der Industriellen oder einer

anderen Schwarzmacherorganisation entnommen sein. Das tollste Stück ist aber der Schlusssatz dieser Zulassung. Dort heißt es:

„Mit welchen Mitteln auch sonst versucht wird, die Not der Erwerbslosen auszunutzen, zeigt das Vorgehen kommunistischer Organisationen, die die Erwerbslosen planmäßig zu weiterer Einreihung gleichlautender, formularmäßig (gegen Bezahlung!) abgegebener Gesuche an die Kreisstellen des Fürsorgeamtes veranlassen.“

Das ist eine plumpe Lüge! Niemals ist von irgendeiner kommunistischen Organisation auch nur ein einziger Pfennig verlangt worden! Die KPD hält es aber für ihre Pflicht, die Erwerbslosen wie alle Hilfsbedürftigen mit Rat und Tat zu unterstützen. Daß der Verfasser der Katschulchrift sich diese Arbeit nicht anders als bezahlt vorstellen kann, kennzeichnet nur den grenzenlosen Tiefstand seiner Gesinnung. Der Zweck ist aber ganz offenbar nur der, die kommunistische Partei in den Augen der durch keine Politik zur Verzweiflung getriebenen notleidenden Schichten zu diskreditieren. Eine Absicht, die schon deshalb vorbeigelingen muß, weil heute immer neue Schichten der Werttätigen erkennen, wer ihr Helfer in der Not ist! Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die sich der Forderungen der Werttätigen annimmt. Sie ist die Führerin im Kampf um die Sicherung der Existenz für Arbeit, Brot und Freiheit! Die Wohlfahrtsarbeiter aber können ihre Forderung nur durchsetzen im radikalsten Kampf unter Führung der KPD! Jetzt eure Kampfbereitschaft bei den kommenden Wahlen durch Stimmabgabe für die Listen der kommunistischen Partei!

Die Kirche hat einen guten Magen

Ein neues Kirchensteuergesetz in Sachsen Am Donnerstag tagte der Zwischenausschuß des Landtages, um zu einem neuen Kirchensteuergesetz für die evangelische Landeskirche Stellung zu nehmen. Durch Reichsnotverordnung sind die landwirtschaftlichen Einkommen bis zu 6000 Mark von der Einkommensteuer befreit worden. Dadurch war die Kirche zur Erhebung der Kirchensteuer berechtigt worden. Nach den vorliegenden Mitteilungen der sächsischen Regierung gehen die Kirchensteuereinnahmen gewaltig zurück. Der Umfang an Landeskirchensteuern ist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres seit dem 1. April laufenden Jahres bis jetzt um 500 000 Mark zurückgegangen.

Man rechnet mit einem Ausfall an Kirchensteuern von 1 1/2 Millionen. Dabei ist der Rückgang durch die Freisetzung des landwirtschaftlichen Einkommens bis zu 6000 Mark noch nicht enthalten. Die Zahlen zeigen erstens die Vertiefung der Krise des Kapitalismus überhaupt, sie zeigen aber auch zweitens die anhaltende Abwanderung von der Kirche. Die Bewegung der Ausstritte.

Durch das Gesetz, das jetzt die kleinen Landwirte wieder mit Kirchensteuern belastet, soll ein Ertrag von 450 000 Mark erneut eingebracht werden. Davon wird ein großer Teil auf die arbeitenden Bauern entfallen. Auf je volle 1000 Mark Einheitswert soll die Kirche Steuern bis zu 75 Pfennig erheben können.

Sämtliche bürgerlichen Parteien erklärten sich für die Herausgabe der Notverordnung. Die Nationalsozialisten hielten sich in Schweigen und gaben damit ebenfalls ihr Einverständnis. Die Sozialdemokraten wendeten sich nicht grundsätzlich gegen die Notverordnung, sondern erklärten nur, daß sie ihre Stellung für die spätere Plenartagung vorbehalten.

Nur die Vertreter der Kommunisten wendeten sich grundsätzlich gegen das Gesetz. Erstens weil die Kommunisten grundsätzlich Gegner der Notverordnungen sind, die den Regierungen Präzedenzfall geben und den Landtag ausschalten. Zweitens, weil die Kommunisten grundsätzlich Gegner der Kirche sind und die Freisetzung von Kirche und Staat wollen, also dagegen sind, daß durch Gesetzesmaßnahmen der Kirche die Mittel gegeben werden, die damit der Druck auf die arbeitenden Schichten, insbesondere auf die arbeitenden Bauern vergrößert wird.

Auch bei dieser Beratung zeigte sich, daß alle anderen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehen. Nur die Kommunisten kämpfen gegen den Kapitalismus!

Gute Werbeergebnisse

Am Sonnabend verkauften die Jungkommunisten 350 Arbeiterstimmen, davon die Stadtteile 3 und 6 mit je 60 Stüd. - Brauo, weiter so!

Im Stadtteil 6 verkauften zwei Genossinnen in der Zeit von einer halben Stunde 16 Kämpferinnen vor dem Betrieb Jasmahl. Genossinnen, wer macht das in diesem Stadtteil vor den Betrieben nach? Alle vor die Front!

Im Stadtteil 11 wurden am vergangenen Sonntag umgelegt für 50 Mark Literatur, außerdem wurden 70 Mark für den Wahlkampf gesammelt, 200 Arbeiterstimmen umgelegt und 150 W33.

Die Ortsgruppe Kadeberg hat das ihr gefällte Sammelziel für den Wahlkampf bereits um 15 Prozent überschritten.

Mißglückter Stimmenfang der Nazis

Die Nazis hatten die Papennois eine Versammlung nach 'Stadt Petersburg' einberufen und gebeten große Teile der Straßenbahner für ihr 'drittes Reich' einzulassen. Ganze 30 Mann waren erschienen. Nach zwei Stunden mußten sich die Führer des Reiches abmelden und nach Hause gehen. Die Nazis hatten die Papennois eine Versammlung nach 'Stadt Petersburg' einberufen und gebeten große Teile der Straßenbahner für ihr 'drittes Reich' einzulassen. Ganze 30 Mann waren erschienen. Nach zwei Stunden mußten sich die Führer des Reiches abmelden und nach Hause gehen.

Die Nazis hatten die Papennois eine Versammlung nach 'Stadt Petersburg' einberufen und gebeten große Teile der Straßenbahner für ihr 'drittes Reich' einzulassen. Ganze 30 Mann waren erschienen. Nach zwei Stunden mußten sich die Führer des Reiches abmelden und nach Hause gehen.

Die Nazis hatten die Papennois eine Versammlung nach 'Stadt Petersburg' einberufen und gebeten große Teile der Straßenbahner für ihr 'drittes Reich' einzulassen. Ganze 30 Mann waren erschienen. Nach zwei Stunden mußten sich die Führer des Reiches abmelden und nach Hause gehen.

Die Nazis hatten die Papennois eine Versammlung nach 'Stadt Petersburg' einberufen und gebeten große Teile der Straßenbahner für ihr 'drittes Reich' einzulassen. Ganze 30 Mann waren erschienen. Nach zwei Stunden mußten sich die Führer des Reiches abmelden und nach Hause gehen.

Die Nazis hatten die Papennois eine Versammlung nach 'Stadt Petersburg' einberufen und gebeten große Teile der Straßenbahner für ihr 'drittes Reich' einzulassen. Ganze 30 Mann waren erschienen. Nach zwei Stunden mußten sich die Führer des Reiches abmelden und nach Hause gehen.

Morgen spricht Genosse Fritz Seibmann Mobilisiert die Massen zu dieser Veranstaltung und zum Kampf mit der KPD

Morgen spricht Genosse Fritz Seibmann Mobilisiert die Massen zu dieser Veranstaltung und zum Kampf mit der KPD

Gibt diese Seite an eure sozialdemokratischen Kollegen weiter!

SPD-Arbeiter! Hier unsere Antwort!

Zu 9 Fragen eines sozialdemokratischen Wahlflugblattes

Im Rahmen ihrer verzweifelten Versuche, durch eine Verstärkung ihrer Propaganda gegen die Kommunisten die Abkehr der sozialdemokratischen Arbeiter von den Bankrottskandidaten des 20. Juli auszulösen, läßt die SPD in ihrer Auflage „Fragen an die Kommunisten“ verbreiten. Ihre platte Demagogie schließt die Annahme von vornherein aus, als sei es den Verfassern um eine ernsthafte Auseinandersetzung zu tun. Da wir aber jede Möglichkeit der Diskussion mit sozialdemokratischen Arbeitern freudig begrüßen, werden wir selbst auf diese „Fragen“ die Antwort nicht schuldig bleiben:

1. Frage der SPD.

„Ihr Kommunisten macht uns Sozialdemokraten Bewußt, daß wir bei der Ablehnung Braun-Severings nicht den Generalstreik proklamieren wollten. Wie fragen euch: Wenn ihr die Erklärung der Braun-Severing-Regierung für so wichtig hieltet, daß ihr darum einen Generalstreik proklamiert, warum seid ihr dann im Verband mit 32 Mißtrauensanträgen gegen Braun-Severing angesetzt? Warum habt ihr im neuen Verband, als Braun-Severing schon zurückgetreten waren, erneut Mißtrauensanträge eingebracht?“

Unsere Antwort

1. Wir stellen fest, daß keineswegs nur die Kommunisten, sondern mit ihnen hunderttausende der besten und fortgeschrittensten sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder am 20. Juli den Generalstreik gefordert haben.

2. Wir haben deshalb parlamentarisch und außerparlamentarisch den härtesten Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung geführt, weil sie durch ihre Regierungspolitik die sozialistischen Machthaber in den Sattel hoben und den 20. Juli vorbereiteten. Wollen wir Braun und Severing selbst sprechen:

„Über zehn Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammenhänge der Reichsregierung, oft auch unter Schädigung der Werkkraft meines Vaters, unterstützt, die im Reichstag Reichsmassnahmen bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der gebildeten Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte.“ (Otto Braun vor dem Staatsgerichtshof.)

„Die preußische Regierung ist in der Lage, an Hand der politischen Statistik den Nachweis zu führen, daß politische Eingriffe mehr Todesopfer auf der linken wie auf der rechten Seite gefordert hat.“ (Denkschrift Severings an Papen vom 20. Juli.)

„Haben Sie etwa die Kommunisten verboten und ausgeperert? Haben wir nicht das Verbot des Roten Frontkämpferbundes erlassen, während die reaktionären Organisationen unbehelligt geblieben sind?“ (Aus den Erklärungen Brauns und Severings vor dem Staatsgerichtshof.)

„Nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli würde sich eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Reichsanwalt, bzw. mit dem Reichskommissar, in dem angestrebten engeren Sinne sehr leicht ergeben. An der Verlonenfrage würde diese Zusammenarbeit auf preußischer Seite nicht scheitern.“ („Vorwärts“ vom 17. Oktober über das Bündnisangebot Braun-Severings an Papen-Bracht vor dem Staatsgerichtshof.)

3. Diese beliebig zu vermehrenden Tatsachen sind durchschlagend genug, um zu beweisen, daß unser Kampf gegen die Severing-Braun im Interesse aller Arbeiter geführt wurde und weiter geführt wird. Wir trafen nicht zum Generalstreik auf, um die sozialdemokratischen Ministerien zu verteidigen, sondern um durch die Entfaltung der außerparlamentarischen Kampfkraft des Proletariats die Anschläge der kapitalistischen Machthaber auf die Lebensrechte der Arbeiterklasse zurückzuschlagen und die Aufrechterhaltung der sozialistischen Diktatur zu verhindern.

2. Frage der SPD.

„Warum habt ihr für die 32 Mißtrauensanträge der Nazis und Deutschnationalen gestimmt? Wollt ihr, daß die Nazis und Deutschnationalen ebenfalls für eure sämtlichen 32 Anträge gestimmt haben? Warum seid ihr mit Nazis und Deutschnationalen gemeinsam zum Volkseinstich angetreten?“

Unsere Antwort

1. Papen und Hitler erklären immer wieder: Der einzige Todfeind des kapitalistischen Systems ist die kommunistische Partei. Die Ausrottung des Volkswesens bezwecken sie als ihr gemeinsames Ziel. Die ganze Schärfe ihrer Unterdrückungsmaßnahmen richtet sich nur gegen die Kommunisten. Unsere Versammlungen werden aufgelöst, unsere Presse wird verboten, unsere Druckereien werden beschlagnahmt und verriegelt. Während der „Vorwärts“ ungehindert und regelmäßig erscheinen kann, war die „rote Fahne“ in den letzten Monaten länger verboten als erlaubt. Gibt es eine schlagendere Widerlegung des sozialdemokratischen Geschwätzes von der kommunistisch-nationalsozialistischen „Einheitsfront“?

2. Deutschnationalen und Nazis wollten die Beseitigung Brauns und Severings, um selbst die Futtertruppen des Staatsapparates besetzen zu können. Dieses Bestreben fiel zusammen mit den Interessen der Bourgeoisie, die es für zweckmäßig hielt, die Kommandohöhen der Staatsgewalt von dem wachsenden Druck der sozialdemokratischen Arbeiter unabhängiger zu machen und die sozialdemokratischen Führer härter für die außerparlamentarische Unterstützung ihrer Diktatur einzuschleichen. Sie stimmten also für die kommunistischen Mißtrauensanträge und für den roten Volkseinstich als völlig entgegen gesetzten Mitteln. Ihr Ziel haben sie nicht auf parlamentarischem, sondern auf außerparlamentarischem Wege erreicht. Während die Kommunisten durch die Mobilisierung der Arbeiterkraft und bei allen parlamentarischen Abstimmungen alles daran gesetzt haben, um die Übernahme der Regierungsmacht durch die Nazis und Deutschnationalen zu verhindern, haben die sozialdemokratischen Führer offen das Heranziehen der Nazis an die Staatsgewalt gebilligt, eine Nazi-Zentrumsaktion als das „kleinere Übel“ erklärt und schließlich durch ihre sämtlichen Kapitulation vom 20. Juli die Übernahme der Regierungsmacht durch Papen und Bracht ermöglicht.

3. Wer hat gemeinsam mit Deutschnationalen und Nazis für Papen, Bracht, Kopitzern, Buchterjolle und Massen-

Reuern gestimmt? Die Sozialdemokraten! Wer hat gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Nazis Tausende von kommunistischen Anträgen auf die Willkürsteuer, Unterdrückungserhöhung, Kinderspeisung, Winterhilfe, Streichung der Riesenpensionen und Detablierung der Wammuschütter niedergestimmt? Die Sozialdemokraten!

Wer hat gemeinsam mit den Zentrumskapitalisten alle Notverordnungen Brünings durchgepeitscht? Die Sozialdemokraten!

Die SPD soll uns doch auch nur einen einzigen kommunistischen Antrag, eine einzige kommunistische Abstimmung in einem einzigen Parlament bringen, die gegen das Interesse der Arbeiterklasse gerichtet gewesen wäre. Tagelang beweisen alle Reichstags- und Landtagsprotokolle schwarz auf weiß, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die Arbeiter be-

Heraus mit der Sprache!

SPD. gesteht: Wir lieferten Papen das Material zur Kommunistenbekämpfung

Was sich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig abgespielt hat, das ist der Gipfelpunkt sozialdemokratischer Schande. Dort ließen Braun und Severing durch ihren Vertreter, Ministerialdirektor Brecht, wörtlich erklären:

„Die jetzige Reichsregierung hat das hauptsächlichste Material zur Kommunistenbekämpfung ja erst von uns bekommen. Nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli würde sich eine freiwillige Zusammenarbeit bzw. mit dem Reichskommissar in dem angestrebten engeren Sinne sehr leicht ergeben. An der Personalfrage würde diese Zusammenarbeit auf preußischer Seite nicht scheitern.“

Das ist ein offenes Bündnisangebot der SPD. an Papen und Bracht. Immer noch drückt sich der „Vorwärts“ um eine konkrete Stellungnahme zu diesen ungeheuerlichen Erklärungen herum. Wir wiederholen unsere Aufforderung: Jetzt endlich Farbe bekennen! Heraus mit der Sprache!

„Häufigen, entscheidenden Fragen mit den Partnern der schwächsten Reaktion durch Dick und Dünn gegangen sind.“

3. Frage der SPD.

„Wollt ihr, daß eure Kandidaten im Preussischen Landtag angetreten hätte, um mit Sozialdemokraten und Zentrum dem Kabinett Braun-Severing die parlamentarische Grundlage zu geben? Warum macht ihr nicht auch mit diesen Parteien Einheitsfront, halt mit den Deutschnationalen und Nazis?“

Unsere Antwort

Wir sollen Einheitsfront machen mit Severing und Braun, die sich damit brüsten, daß unter ihrer Politik herrschte mehr Kommunisten als Nazis erschossen worden sind; die stolz darauf sind, als Dienstboten der Kapitalisten alle Befehle des Trautskapitals getreulich erfüllt zu haben; die mit-halten, eine Notverordnung nach der anderen gegen die Arbeiterklasse durchzuführen; die damit prahlen, daß sie den NSD. verboten und die Nazis verboten erlaubt haben; die heute wieder vor dem Staatsgerichtshof erklären, daß sie zu jeder Zeit und Stunde bereit sind, gemeinsam mit Papen und Hitler gegen die Arbeiterklasse zu regieren?

Wir sollen die Schwarzröde vom Zentrum unterstützen, die den Hitlerfaschisten, mit denen sie um Ministerien schachern, die Regierungsmacht in die Hände spielen wollen, die die schwärzeste soziale und kulturelle Reaktion predigen, die als Hauptprogramm den Kampf gegen den Sozialismus und die Verteidigung des kapitalistischen Systems auf ihre Fahnen geschrieben haben, von denen schon August Bebel gesagt hat: „Wer vom Zentrum leitet, der stirbt daran“? Wir sollen Hindenburg-Politik machen? Die dem Reichstag der SPD zu folgen, hieße ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, einen Verrat am Sozialismus begehen. Dann würden wir genau wie die SPD Helfer sein bei der Aufrechterhaltung der sozialistischen Diktatur. Wir würden uns mitschuldig machen an dem Meer von Blut und Tränen, das die kapitalistischen Machthaber über das wertvolle Volk heraufbeschworen haben.

4. Frage der SPD.

„Wollt ihr, daß am Tage des 20. Juli eine kommunistische Betriebsverkörperung von Groß-Berlin sagte, die sich einmütig die Proklamierung des Generalstreiks ablehnte?“

Unsere Antwort

Ein treuer Schwindel! Der militärische Oberbefehlshaber General v. Kundt hat unter dem Hegeleite des „Vorwärts“ gegen die kommunistischen Streikführer diese Konzeption verboten.

5. Frage der SPD.

„Wollt ihr, daß eine große kommunistische Versammlung, die am 20. Juli sagte und in der Thälmann als Redner auftraten, in einem Jubelsturm ausbrach, als die Rede nicht von der Ablehnung Braun-Severings einton?“

Unsere Antwort

Die kommunistische Versammlung hat deshalb „abgebrochen“ weil allen anwesenden Arbeitern bewußt wurde: Dieser 20. Juli wird ein Marstien werden in der Entwicklung der roten Arbeiterfront. Jetzt liegt der ganze Bankrott der sozialdemokratischen Politik sichtbar vor aller Augen. Von heute ab wird es die Arbeiterfront herauszureißen und für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu gewinnen.

6. Frage der SPD.

„Wollt ihr, daß Thälmann in dieser Versammlung nicht erschienen, daß er sich schon illegal gemacht hatte?“

Unsere Antwort

Die Verbundenheit des Führers der kommunistischen Partei mit der revolutionären Arbeiterklasse ist so groß, daß solche Anlässe wirkungslos abprallen. Unser Genosse Thälmann verließ sich am 20. Juli auf einer Versammlung in Thüringen, die sofort abgebrochen hat, als er die Nachricht von den politischen Ereignissen erhielt. Auf dem schnellsten Wege eilte er nach Berlin, um mit der gesamten Parteiführung die erforderlichen politischen Maßnahmen zu treffen. Wie steht es aber mit Otto Braun, der dem „demokratischen Volkswort Preußen“ selbe im Stich ließ, noch vor dem 20. Juli in Urlaub flüchtete?

7. Frage der SPD.

„Wollt ihr, daß Thälmann in der kommunistischen Zeitschrift „Die Internationale“ das Verlangen der kommunistischen Generalstreikpartei damit erklärte, daß eine Parteiführung in den wichtigsten ersten Stunden mit der Sicherung der Partei und den dafür notwendigen technisch-organisatorischen Maßnahmen so hart beschäftigt war, daß der volle Einsatz aller Kräfte in die Kampforganisation der Arbeiterklasse darunter gelitten hat?“

Unsere Antwort

Die Tätigkeit der Kommunisten am 20. Juli ist allen Arbeitern bekannt. Ihre mündliche und schriftliche Massenarbeit in den Betrieben und vor den Betrieben für den Generalstreik war so stark, daß General von Kundt sich gezwungen sah, den Arbeitern Strafen drohen zu lassen. In einer öffentlichen Demonstration hatte er den sozialdemokratischen Führern befohlen, daß es nur auf Grund ihres schmutzigen Klassenverrats gelungen sei, größere Streiks zu verhindern.

Das hat uns Kommunisten nie dazu verleidet, mit unserer Tätigkeit am 20. Juli zufrieden zu sein. Im Gegenteil zur SPD unterstützen wir unsere gesamte Tätigkeit unserer eigenen Selbstkritik und der Kontrolle der Massen. Deshalb haben wir mit Grund, zu verschweigen, daß wir der Auffassung sind, daß unsere gesamte Parteiführung am 20. Juli noch fähiger und nachvollziehbarer hätte auftreten müssen, um ihre revolutionären Lösungen zu verwirklichen.

8. Frage der SPD.

„Wollt ihr, daß, als die kommunistischen Minister in Sachse abgelegt wurden, die SPD. damals keinen Generalstreik proklamierete?“

Unsere Antwort

Diese Frage stellt ausgerechnet die SPD, deren Oberer Reichswehr in Sachsen einmarschierten und deren „Einheitsfront“ Delegierten auf der entscheidenden Konferenz der sächsischen Parteiräte die Ausrottung des Generalstreiks verbindlich gebot. Im übrigen hat die kommunistische Partei unerlässlich die Konsequenzen aus den Fehldern ihrer damaligen Brandlerführung gezogen, die durch ihre Blockbildung mit den „linken“ SPD-Führern zur Oberverleugung des Proletariats im Jahre 1921 beitrug. Brandler sault auf dem Rücken der Geschichte, während die Kapitalisten vom 20. Juli nach wie vor den Kurs der SPD. bestimmen und als Spitzenkandidaten paradiert können.

9. Frage der SPD.

„Hat jemand von euch überhaupt die Generalstreikpartei einer Partei am 20. Juli ernst genommen? Wenn ja, warum seid ihr dann als Anhänger der kommunistischen Partei selbst nicht in den Streik getreten?“

Unsere Antwort

Aus allen vorübergehenden Fragen ist klar geworden, daß die Generalstreikpartei am 20. Juli aus der Erkenntnis aller Klassenbewußten Arbeiter heraus geboren wurde, daß die Aufrechterhaltung der sozialistischen Diktatur weder mit dem Stimmzettel noch mit parlamentarischen Petitionen oder Klagehritten an den Staatsgerichtshof verhindert werden kann. Durch ihre Streiklaborettäre durch die Beschimpfung der Streikagitatoren als „Spiegel“ und „Prokollateure“ ist es den sozialdemokratischen Führern gelungen, die Papen-Bracht-Regierung zu retten. Ihre Aufforderungen an die kommunistischen Arbeiter, doch allein den Generalstreik durchzuführen, bedeutet Unterstützung der Unternehmer, die ihre Betriebe von allen revolutionären Arbeitern kubern wollen. Der gemeinsame Kampf gegen den Lohnraub, der allen sozialdemokratischen Gegenpartei zum Trotz in Hunderten von Betrieben erfolgreich durchgeführt worden ist, ist der beste Beweis dafür, daß immer breitere Massen der sozialdemokratischen Arbeiter entgegen den Spaltungsmachern ihrer Führer begannen, die notwendigen Schutzfolgerungen aus dem 20. Juli zu ziehen und gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern den Weg zu beleuchten der allein zur Überwindung der kapitalistischen Herrschaft und zum Sozialismus führt.

Und jetzt, ihr SPD-Führer, fordern wir erneut die Beantwortung unserer Frage, wie ihr zu den Erklärungen der Severing und Braun vor dem Staatsgerichtshof steht?

Gegen die Saboteure der Einheit.

Trotz alledem Einheitsfront der Bauarbeiter

Offener Brief an die Mitglieder, die Leitung und die Verbandstags-Delegierten des Industriebands für das Baugewerbe

Entgegen allen Behauptungen der linken Gewerkschaftsinternationale für die deutsche Bauarbeiterfront die Einheitsfront zu schaffen, geben wir die gegenwärtigen Führer des „Industriebandes für das Baugewerbe“ alle Mühe, diese Einheitsfront zu verhindern.

Auf dem gegenwärtig in Leipzig laufenden Verbandstag haben sie zweierlei Bemühen, wie wenig ihnen daran liegt, zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in ein gedeihliches Verhältnis zu kommen. Einmal als sie es ablehnten, einen Bericht über die kommunistischen Verhältnisse zu lesen, und zum zweiten Male, als man einer aus der öffentlichen Bauarbeiterversammlung am Montag, dem 17. Oktober, gewählten Delegation, die dem Verbandstag das Einheitsfrontangebot mündlich überbringen sollte, einfach die Tür wies.

Tiefenangeregt hat die Note Gewerkschaftsinternationale anlässlich des jetzt tagenden Verbandstages auch einmal einen Versuch unternommen, um der bestehenden Zersplitterung ein Ende zu machen.

In einem offenen Brief hat die Reichsleitung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe, als die deutsche Sektion der IGB, an den IGBB nochmals das Angebot gemacht, im Interesse der revolutionären Gewerkschaftsbewegung beide Verbände zu verschmelzen zu einer großen revolutionären Bauarbeiterorganisation.

In dem „Offenen Brief“ heißt es u. a.:
„Werte Kollegen!“
 In dem Bestreben, den völligen Zusammenbruch ihrer bankrotten Wirtschaft aufzuhalten und weiterhin die Kosten der kapitalistischen Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzumachen, streifen die deutschen Kapitalisten gegenüber dem deutschen Proletariat zu immer härteren Maßnahmen.

Unsere Aufgabe als revolutionäre Bauarbeiter war und ist es, gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten den aktiven Widerstand zu organisieren, die Massen der freigeschaffenen und christlichen Bauarbeiter vom Einfluß ihrer Führer zu lösen und sie für den einheitlichen, geschlossenen Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen den Faschismus zu mobilisieren und zu gewinnen.

Ein Hindernis im Kampf um die Mobilisierung und Gewinnung der Bauarbeiter bildet die organisatorische Zersplitterung im Lager der revolutionären Bauarbeiter.

Die Note Gewerkschaftsinternationale, der wir als „Einheitsverband für das Baugewerbe“ angeschlossen sind, hat in der Vergangenheit wiederholt versucht, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Alle diese Versuche sind bisher von der Leitung des Industriebandes zurückgewiesen worden.

Wir sind überzeugt davon und wissen, daß die große Mehrheit der Klassenbewußten Mitglieder des IGBB offensichtlich anderer Meinung als ihre Leitung in dieser Frage ist und nicht weniger wünschenswert, als daß dieser Zersplitterung endlich ein Ende bereitet und eine einheitliche, revolutionäre Bauarbeiterorganisation geschaffen wird.

Trotzdem machen wir euch erneut im Interesse der von weitem Lohnraub bedrohten Bauarbeiterfront den Vorschlag, auf dem schnellsten Wege eine Verbindung mit der IGB herbeizuführen und den Einheitsverband für das Baugewerbe, der heute in seinen Reihen bereits über 10 000 Bauarbeiter organisiert hat, mit dem IGB

Verbandsverband für das Baugewerbe zu einer einheitlichen großen Bauarbeiterorganisation zu verschmelzen.

Wir stellen bei diesem Vorschlag, die einzige Bedingung, daß bei einer etwaigen Verschmelzung alle Garantien geschaffen werden, um die gesamte Bauarbeiterbewegung gemäß ihrer revolutionären Traditionen in eine machtvolle Organisation auf dem Boden des Klassenkampfes zu vereinigen.

Wir wissen aus den anderen Vorschlägen einig mit der IGB und sind überzeugt, daß falls ihr damit einverstanden seid, ein solcher Schritt sowohl in der Gesamt-Bauarbeiterfront Deutschlands, als vor allem in der internationalen Bauarbeiterbewegung einen begründeten Widerstand finden wird. In der Erwartung, daß ihr vorantreibendste Kraft in dieser Frage Stellung nehmen werdet, läßt sich ein Versuch unternommen und gelassen.

Mit revolutionärem Kampfesmut
 Einheitsverband für das Baugewerbe
 Reichsleitung

Zentralvorstand des IGBB sowie der Verbandstag haben auf dieses Dokument bis heute noch nicht geantwortet. Es ist denn, daß man die Abweisung der von den Bauarbeitern gewählten Delegation nicht als eine Antwort gelten lassen will.

Jetzt hat die Mitgliedschaft des IGBB das Wort!
 Sie muß mit den Delegierten, die auf dieses neue Einheitsangebot keine oder eine ausweichende Antwort geben, klar abrechnen. Sie muß Stellung machen mit den Sektierern im Schilde und Co., denen nicht die Stärkung der Kampfkraft der Bauarbeiter am Herzen liegt, sondern denen es lediglich um die Erhaltung ihrer Hintergrüppchen geht. Die Mitgliedschaft im IGBB muß diesen Konterrevolutionären die Befugnisse anfragen und von sich aus, von unten heraus die Einheitsfront aller Bauarbeiter Deutschlands herbeiführen.

Die Kämpfe der Bauarbeiter in den letzten Tagen und Wochen in den verschiedenen Teilen des Reiches haben gezeigt, daß auch die Bauarbeiter gegen die Unternehmerrückstöße kämpfen werden, wenn sie einig und geschlossen, frei von allen reformistischen Hemmnissen, frei aber auch von allen Saboteuren und Sektierern ihre Kämpfe führen.

Darum Bauarbeiter allerorts, hört den Ruf des Einheitsverbandes, macht Stellung mit den Sektierern. Eure Forderung ist: Gegen die Saboteure, trotz alledem die Einheitsfront der Bauarbeiter in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung!

15 Jahre Sowjetunion!

1000000 Chemikarbeiter kämpfen für die Durchführung des Fünfjahresplans

Das Internationale Komitee der Chemikarbeiter hat ein wertvolles Material über die Sowjetunion herausgegeben. Es bringt eingehend allgemeine Angaben über die Erfüllung des ersten Fünfjahresplans in der gesamten Industrie, über die Durchführung der Erwerbslosigkeit, Steigerung der Zahl des Industrieproletariats, Erhöhung der Löhne, Steigerung des kulturellen und sozialen Niveaus der Arbeiterklasse.

In der Papierindustrie zeigt sich eine gewaltige Steigerung der Produktion, die gleichzeitig die Steigerung des kulturellen Niveaus der russischen Arbeiter widerspiegelt. Im Jahre 1924 wurden 100 Tonnen Papier hergestellt. Im Jahre 1931, wo weitere 14 neue Betriebe in Gang gesetzt wurden, wurden 507 000 Tonnen Papier produziert. Im Jahre 1932 wird die Papierproduktion 650 000 Tonnen betragen. Hier muß unterstrichen werden, daß der Papierbedarf in der Sowjetunion infolge des gewaltigen kulturellen Aufstieges noch keineswegs gedeckt wird. Um nur die wesentlichen Beispiele zu erfüllen, müßten mindestens 1 Million Tonnen Papier erzeugt werden.

In der Papierindustrie sind 8 Millionen für den Wohnungsbau eingelegt und 1,3 Millionen Rubel für den kulturellen Aufbau. 11 000 Arbeiter werden in Sanatorien und Erholungsheimen untergebracht.

Diese Tatsachen, die ein Beitrag zur Charakterisierung des fundamentalen Unterschiedes des sozialistischen und des im kapitalistischen System sind, sind ein gutes Beispiel im Kampf gegen die niederträchtigen Kampfmethoden der Sowjetfeinde aller Schattierungen.

Das Internationale Komitee der Chemikarbeiter ist bereit, eine direkte Verbindung zwischen den Belegschaften der sowjetischen und deutschen Papierbetriebe herzustellen.

Nehmt in allen Betrieben zu dem 15. Jahrestag des Oktoberrevo. Stellung und richtet an die Papierarbeiter der Sowjetunion Begrüßungsworte!

Arbeitsdienstler in der Streikfront

Der Kampf im Arbeitsdienstlager Freital. Wählt eine Kampfleitung und setzt den Streik geschlossen fort

(Arbeiterkorrespondenz)
 Die Arbeitsdienstler von Freital hatten am 21. Oktober früh die Arbeit geschlossen niedergelegt. Der Grund war, daß die bisher gezahlten Löhne von 12 auf 9 Mark gesunken waren. Die streikenden Jungarbeiter zogen von allen Arbeitsstellen geschlossen wieder auf den Hauptstreikplan ein. Der Lageraufseher sah sich genötigt, sofort zu den Streikenden zu gehen und er erklärte zornig: „An dem Lager in Freital wäre ja die Landesleitung des Arbeitsdienstes gar nicht interessiert, weil es ein offenes Lager wäre. Daher können auch diese Leute streiken.“ Die Landesleitung hat also nur dann an einem Arbeitsdienstlager Interesse, wenn die Jugendlichen feierlich sind, weil sie dort noch mehr gebrüllt und für die Abmahnungen gelügelt gemacht werden können. Er erklärte weiter: „Die fünf Arbeitsführer werden entlassen und wenn es nicht genügt, für die neuen Bedingungen zu arbeiten, der kann seine Papiere holen.“

Entscheidend ist bei diesem Kampfe der Arbeitsdienstler, daß die Belegschaft des Lagers am Taubenberg, wo der Lohn nicht geführt wurde, sich solidarisch mit den anderen verbunden fühle und die Arbeit ebenfalls niederlege. Auch daß die Jungarbeiter dem Lagerleiter antworteten: „Wenn die fünf Kollegen gemahnt werden, werden wir dagegen weiterkämpfen, um das zu verhindern.“

zeigt, daß die Jungarbeiter auf dem richtigen Wege waren, den Kampf gegen Lohnraub und Maßregelung durch solidarische Kampfmittellosigkeit zu führen.

Der Fehler aber, der gemacht wurde, ist, daß die Streikenden sich nicht aus ihrer Mitte heraus einen Kampfsausschuß wählten, der sich aus den besten und kampfeswecktesten Jungarbeitern auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront zusammenschloß. Deshalb war es auch möglich, daß die zweite Schicht des Lagers am Taubenberg mit der Arbeit am Mittag wieder begonnen hat. Das nächste, was unternommen werden muß ist, daß die streikenden Jungarbeiter sich einen Kampfausschuß wählen und beschließen, den Kampf für Weiterzahlung des alten Lohnes von 12 Mark und gegen die Maßregelung bis zum Erfolg durchzuführen.

Das Beispiel, das die Jungarbeiter in den Arbeitslagern von Freital gegeben haben, die durch geschlossenen Kampf den Lohnraub und die Lagerverhöhnungen abwehrten, weiß den Weg zum Sieg. So müßt auch ihr geschlossen unter dem in folgenden Kampfausschuß als Arbeitsdienstler von Freital für die reifliche Erfüllung eurer Forderungen im Kampfe zusammenstehen.

Die Kollegen der AGD-Gruppe des Betriebes scheuten sich noch, den gestillten Demagogen des Verbandes entgegenzutreten. Sie müssen aus dem Verlauf des Kampfes die Lehre ziehen, daß dies immer ein schwerer Fehler ist und es den Rückstößen dadurch erleidet wird, die Belegschaft zu verwirren. Sie müssen immer und überall den Willen der Belegschaft zum Ausdruck bringen und ihr den erfolgreichsten Weg des Kampfes aufzeigen. Nur dadurch kann es gelingen, die fortwährenden Unternehmerrückstöße abzuwehren.

Der Fehler aber, der gemacht wurde, ist, daß die Streikenden sich nicht aus ihrer Mitte heraus einen Kampfsausschuß wählten, der sich aus den besten und kampfeswecktesten Jungarbeitern auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront zusammenschloß. Deshalb war es auch möglich, daß die zweite Schicht des Lagers am Taubenberg mit der Arbeit am Mittag wieder begonnen hat. Das nächste, was unternommen werden muß ist, daß die streikenden Jungarbeiter sich einen Kampfausschuß wählen und beschließen, den Kampf für Weiterzahlung des alten Lohnes von 12 Mark und gegen die Maßregelung bis zum Erfolg durchzuführen.

Maßregelung der Betriebsräte bei Kreuzburg

Die Druckereifirma Kreuzburg, Dresden, Alsterweg 17, hatte am 11. August eine Scheinkündigung durchgeführt, um die drei Betriebsratsmitglieder loszuwerden. Von den entlassenen 29 Arbeitern wurden 23 bis zum 17. August wieder eingestellt. Auf der Straße blieben sechs Arbeiter, darunter die drei Betriebsräte. Ab 17. August wurde schon wieder in voller Arbeitszeit gearbeitet und Beiträge ausgeführt, die schon in der Zeit von April bis Juni eingegangen waren. In den ersten Tagen eines jeden Monats wird außerdem fortlaufend eine periodisch erscheinende Druckarbeit hergestellt. In der Abteilung Umbruch wurden sogar von den Lehrlingen Überstunden geleistet. Das alles mußte von dem als Zeuge geladenen Dr. Krapph bezeugt werden, der bei der Firma als wissenschaftlicher Beirat beschäftigt ist.

Da in diesem Falle die Maßregelung der oppositionellen Betriebsräte zu offensichtlich war, mußte das Arbeitsgericht nach einem eingehenden Vergleichsverfahren der Klage stattgeben. Die Firma wurde verurteilt, die Betriebsräte wieder einzustellen und den ausgefallenen Lohn in einer Gesamthöhe von 613 Mark zu zahlen.

Für den Streik gegen Lohnraub

6. öffentliche Sitzung über die eingegangenen Spenden für den Streik- und Solidaritätsfonds der IGB
 U B Dresden: Altschule 7,85; Pulsnah 1,67; Ringstraße 21,15; Gohliswerder Niederstraße 8,55; Dresden-Gröden 24,30; Sportverein 1845 Heiligen 5,80; Dresden-Ranft-Ort 2,50; Thausend 11,30; Seewitz 7,80; Reichshöhe 8,75; pul. 111,87 Mark.
 U B Bauen: Kengersdorf 118,33; Oberwitz 18,65; zusammen 127,98 Mark.
 U B Freital: Freital 14,33; Dobruza 22,80; zusammen 47,13 Mark.

AGD-Versammlung für die Wahl der Liste 3!

Die Reichner Arbeiterchaft gelobt Solidarität für die streikenden Steingutarbeiter in Görzowitz

Eine hartbelohnte öffentliche AGD-Versammlung in Reichenhagen beschäftigte sich eingehend mit den Wirtschaftslämpfen. — Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:
 „Wir am 21. Oktober im großen Saale der „Reichsburg“ versammelten Arbeiterinnen und Arbeiter von Reichenhagen auf der Straße des Streik der 300 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Steingutfabrik Görzowitz.“
 Wir geloben, uns mit aller Kraft für die Unterstützung der streikenden Klassenkämpfer einzusetzen und mit dafür zu sorgen, daß der Kampf ein siegreiches Ende findet.
 Wir sind uns in der jetzigen Zeit des Lohnraubes und des verhärteten Hungerkampfes der Werktätigen gegen das Proletariat unserer Aufgaben bewußt und reiben uns entschlossen in die internationalistische Aktion ein.
 Am 6. November legen wir ein Besenstiel für unsere Bereitschaft zum revolutionären Kampf gegen Lohnraub und Faschismus ab mit der Wahl der Liste 3 und auch zur Kommunalwahl geben wir unsere Stimme der AGD!“

Die Kollegen der AGD-Gruppe des Betriebes scheuten sich noch, den gestillten Demagogen des Verbandes entgegenzutreten. Sie müssen aus dem Verlauf des Kampfes die Lehre ziehen, daß dies immer ein schwerer Fehler ist und es den Rückstößen dadurch erleidet wird, die Belegschaft zu verwirren. Sie müssen immer und überall den Willen der Belegschaft zum Ausdruck bringen und ihr den erfolgreichsten Weg des Kampfes aufzeigen. Nur dadurch kann es gelingen, die fortwährenden Unternehmerrückstöße abzuwehren.

„Jetzt heißt es in den lauren Apfel beißen“

(Arbeiterkorrespondenz)
 In der letzten Betriebsversammlung der Zigarettenfabrik Reichenhagen berichtete der SPD-Betriebsrat Scharf über die Verhandlungen, die zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat über die Beteiligung der sogenannten Laufzeiten stattgefunden haben. Darum sprach der Sektionsleiter, der Reichsbauhüter Reichenbach, über die Schlichtungsverhandlungen, die dem Unternehmer recht gegeben haben.
 „Jetzt heißt es in den lauren Apfel zu beißen.“
 Aber bei der „nächsten Gelegenheit“ müsse dem Unternehmer gezeigt werden, daß die Arbeiterfront nicht alles schluckt, was ihr vorgesetzt wird. Die Verschlechterung des Mantelverfalls verhalte er damit zu entschuldigen, daß die Unternehmer in Berlin große Schwierigkeiten hätten, weil die Arbeiter die Laufzeit bis zu einer halben Stunde ausdehnten.
 Die Grundbesitzerinnen waren über diesen offensichtlich schmerzhaft empört.
 Denn sprach auch noch Frau Stolz vom Zigarettenfabrikverband. Sie berichtete, wie bei den Verhandlungen „geflücht“ worden sei. Jetzt müsse man versuchen mit der Konzernleitung zu verhandeln. So sollen „von beiden Seiten“ keine Kampfmaßnahmen durchgeführt werden.
 Ein Antrag, einen Vertreter der AGD in der Belegschaftsversammlung sprechen zu lassen, wurde mit Mehrheit angenommen. Darauf erklärte sofort ein fanatischer SPD-Mann, daß doch „nur Gewerkschaftsvertreter in der Versammlung sprechen dürften.“ Der Betriebsrat hatte ein und mit Unterstützung der anwesenden Jungen wurde der Antrag abgemittelt.

Noske verbietet Streikmobilisation!

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Gukas Noske, hat auf Grund der Papenotverordnung vom 14. Juni unter Verhören, die Neue Arbeiter-Zeitung verboten, weil sie für den Streik der Meierhöfener eingetreten ist. Als „Vogelwangen“ führt Noske an:
 „In der Nr. 236 Ihrer Zeitung vom 15. Oktober 1932 fordern Sie durch den Artikel „Die Meierhöfener haben Recht“, mit den Ausführungen: „Angelegenheit muß unsere Lösung heißen, angrößen in jedem Besonderen, in jeder Gewerkschaft, an allen Fronten des Klassenkampfes... Wir rufen zum gemeinsamen Kampf! So laßt die Einheitsfront-Aktion gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Faschismus und Kapitalismus!“ zu einem Streik auf, der nicht als legales Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen angesehen werden kann, sondern als Erregung öffentlicher Unruhen als Ungehorsamkeit gegenüber dem Reichspräsidenten angesehen werden muß.“
 Noske, der sich selbst als „Mittler“ bezeichnet, will der kommunistischen Presse verbieten, daß sie den Arbeitern im Streik hilft, den Lohnraub zurückzuschlagen. Noske ist noch immer prominenter Mitglied der SPD. Kein Arbeiter, kein Gewerkschaftsmitglied kann einer solchen Partei des Vertriebens ansprechen und ihr zur Wahltagwahl die Stimme geben.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei Mittermeyer von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität, spezial in Reichenhagen, Tel. 20 01, und in allen Apotheken Sie zur Chlorodont und wissen Sie, daß Sie sich nicht

Alle Arbeiterräumen

der einzigen proletarischen antifaschistischen Partei, der KPD, für die Liste 3

erhalten Sie bei Mittermeyer von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität, spezial in Reichenhagen, Tel. 20 01, und in allen Apotheken Sie zur Chlorodont und wissen Sie, daß Sie sich nicht

Noske verbietet Streikmobilisation!

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Gukas Noske, hat auf Grund der Papenotverordnung vom 14. Juni unter Verhören, die Neue Arbeiter-Zeitung verboten, weil sie für den Streik der Meierhöfener eingetreten ist. Als „Vogelwangen“ führt Noske an:
 „In der Nr. 236 Ihrer Zeitung vom 15. Oktober 1932 fordern Sie durch den Artikel „Die Meierhöfener haben Recht“, mit den Ausführungen: „Angelegenheit muß unsere Lösung heißen, angrößen in jedem Besonderen, in jeder Gewerkschaft, an allen Fronten des Klassenkampfes... Wir rufen zum gemeinsamen Kampf! So laßt die Einheitsfront-Aktion gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Faschismus und Kapitalismus!“ zu einem Streik auf, der nicht als legales Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen angesehen werden kann, sondern als Erregung öffentlicher Unruhen als Ungehorsamkeit gegenüber dem Reichspräsidenten angesehen werden muß.“
 Noske, der sich selbst als „Mittler“ bezeichnet, will der kommunistischen Presse verbieten, daß sie den Arbeitern im Streik hilft, den Lohnraub zurückzuschlagen. Noske ist noch immer prominenter Mitglied der SPD. Kein Arbeiter, kein Gewerkschaftsmitglied kann einer solchen Partei des Vertriebens ansprechen und ihr zur Wahltagwahl die Stimme geben.

Alle Arbeiterräumen

der einzigen proletarischen antifaschistischen Partei, der KPD, für die Liste 3

erhalten Sie bei Mittermeyer von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität, spezial in Reichenhagen, Tel. 20 01, und in allen Apotheken Sie zur Chlorodont und wissen Sie, daß Sie sich nicht

Alle Arbeiterräumen

der einzigen proletarischen antifaschistischen Partei, der KPD, für die Liste 3

erhalten Sie bei Mittermeyer von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität, spezial in Reichenhagen, Tel. 20 01, und in allen Apotheken Sie zur Chlorodont und wissen Sie, daß Sie sich nicht

Alle Arbeiterräumen

der einzigen proletarischen antifaschistischen Partei, der KPD, für die Liste 3

erhalten Sie bei Mittermeyer von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität, spezial in Reichenhagen, Tel. 20 01, und in allen Apotheken Sie zur Chlorodont und wissen Sie, daß Sie sich nicht

Alle Arbeiterräumen

der einzigen proletarischen antifaschistischen Partei, der KPD, für die Liste 3

erhalten Sie bei Mittermeyer von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität, spezial in Reichenhagen, Tel. 20 01, und in allen Apotheken Sie zur Chlorodont und wissen Sie, daß Sie sich nicht

Alle Arbeiterräumen

der einzigen proletarischen antifaschistischen Partei, der KPD, für die Liste 3

